

# *Betroffenheit der Kultur- und Kreativ- wirtschaft von der Corona-Pandemie*

## **Umfrage #2**

**Zeitraum: 22.06.–03.07.2020**

**Teilnehmendenzahl: 39**

**Teilnehmende: Bundesverbände der Kultur-  
und Kreativwirtschaft**

# Inhalt

<b>Einleitung</b>	03
<b>Zusammenfassung</b>	04
<b>Auswertung</b>	
1. Welcher/n Teilbranche/n sind die von Ihnen vertretenen Unternehmen/Selbständigen zuzuordnen?	08
2. Wie ist die Struktur der von Ihnen vertretenen Unternehmen gelagert?	09
3. Welche Auswirkungen hatte bzw. hat die Corona-Pandemie auf den Geschäftsbetrieb der von Ihnen vertretenen Unternehmen/Selbständigen von Anfang März bis Ende Juni?	10
4. Wie hoch schätzen Sie den Umsatzrückgang von März bis einschließlich August 2020 für die von Ihnen vertretenen Unternehmen/Selbständigen ein?	11
5. Wie hoch schätzen Sie den Umsatzrückgang bis zum Ende des Jahres 2020 für die von Ihnen vertretenen Unternehmen/Selbständigen ein?	12
6. Wodurch kommen die Beeinträchtigungen zu Stande?	13
7. Wie viele der von Ihnen vertretenen Unternehmen/Selbständigen haben aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie bereits Insolvenz angemeldet oder werden es in absehbarer Zeit tun müssen?	14
8. Wann hatten bzw. haben die von Ihnen vertretenen Unternehmen/Selbständigen Ihrer Einschätzung nach den größten Bedarf an Liquiditätshilfen?	15
9. Wie schätzen Sie die Wirksamkeit der bisherigen Unterstützungs-Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene für die von Ihnen vertretenen Unternehmen/Selbständigen ein?	16
10. Die erste Phase der akuten Hilfsmaßnahmen läuft für einige Programme Ende Juni aus. Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Erkenntnisse, die für die Konzeption und Umsetzung zukünftiger Maßnahmen mitgenommen werden sollten?	17
11. Was sind Ihre derzeitigen Erwartungen hinsichtlich der Effekte des kommenden Konjunkturpakets insgesamt für die von Ihnen vertretenen Unternehmen/Selbständige ein?	18
12. Was sind Ihre derzeitigen Erwartungen hinsichtlich der Effekte der geplanten Maßnahme Neustart Kultur (Punkt 16 des kommenden Konjunkturpakets, in Verantwortung des BKM) für die von Ihnen vertretenen Unternehmen/Selbständige ein?	19
13. Welche Maßnahmen, die im Konjunkturprogramm noch nicht berücksichtigt sind, halten Sie für notwendig bzw. geeignet, um die Kultur- und Kreativwirtschaft schnell und nachhaltig wieder aus der Krise zu führen?	20
14. Was ist mit Blick auf die von Ihnen vertretenen Unternehmen/Selbständigen für ein zügiges und nachhaltiges „Wiederhochfahren“ wichtig? Hat sich Ihre Einschätzung diesbezüglich in den letzten zwei Monaten etwas verändert und wenn ja, inwiefern?	22
15. Hat sich Ihre Zukunftsprognose für die Situation der von Ihnen vertretenen Unternehmen/Selbständigen nach der Krise in den letzten zwei Monaten verändert? Falls ja, inwiefern?	23
16. Welche Schiefelage, die vor der Pandemie existierte, hat Corona Ihrer Ansicht nach besonders deutlich aufgezeigt?	24
17. Wie wirkt sich Ihrer Einschätzung nach die Corona-Pandemie auf das Thema Gendergerechtigkeit bei den von Ihnen vertretenen Unternehmen/Selbständigen aus?	25

# Einleitung

Der Deutsche Kulturrat und das Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes haben zum zweiten Mal eine Befragung bei den Bundesverbänden der Kultur- und Kreativwirtschaft zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie durchgeführt. Die Umfrage richtete sich explizit an die Verbandsvertreterinnen und -vertreter, die für die im jeweiligen Verband bzw. Arbeitsbereich organisierten Unternehmen oder Selbständigen geantwortet haben. Die Verbände vertreten hierbei primär erwerbs- und privatwirtschaftlich orientierte Unternehmen bzw. Selbständige.

Derzeit ist geplant, die Befragung alle zwei Monate über den Zeitraum eines Jahres durchzuführen. So soll ein genaueres Bild von den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Kultur- und Kreativwirtschaft sowie der Wirksamkeit der Hilfe- und Unterstützungsmaßnahmen des Bundes und der Länder entstehen. Gleichfalls soll so der weitere Handlungsbedarf eruiert werden.

Es ist bereits jetzt deutlich geworden, dass sich die Einschätzung der Antwortenden zu einigen Bereichen innerhalb weniger Monate verschoben hat, dass aber gleichzeitig viele Probleme und Handlungsfelder noch die gleichen sind wie im April.

Wir danken allen Teilnehmenden sehr herzlich für Ihre Zeit und die Bereitschaft, an der Befragung mitzuwirken.

Mit freundlichen Grüßen

**Olaf Zimmermann**  
Geschäftsführer  
Deutscher Kulturrat

**Julia Köhn & Johannes Tomm**  
Projektleitung  
Kompetenzzentrum Kultur- und  
Kreativwirtschaft des Bundes

# Zusammenfassung

An der zweiten Befragung, die Ende Juni 2020 stattfand, haben sich 39 Bundesverbände beteiligt. Damit war die Beteiligung geringer als bei der ersten Erhebung, was wahrscheinlich auf den Befragungszeitpunkt, zu Beginn der Sommerferienzeit, zurückgeführt werden kann. Am häufigsten antworteten Verbände aus der Musikwirtschaft, gefolgt vom Markt für darstellende Kunst.

Zwei Drittel der beteiligten Verbände versammeln in ihren Reihen mehrheitlich Solo-Selbständige sowie Freiberuflerinnen und Freiberufler. D.h. die Antworten geben in besonderem Maße Aufschluss über die Situation in dieser Gruppe. Die Erkenntnis, dass die Betroffenheit der Kultur- und Kreativwirtschaft von der Pandemie länger anhalten wird als im März angenommen, zieht sich durch die Antworten der Befragten.

Alle antwortenden Verbände gaben an, die Auswirkungen der Corona-Pandemie auch jetzt, mehrere Monate nach Beginn der Corona-Pandemie, noch deutlich zu spüren. Insbesondere Umsatzrückgänge durch Veranstaltungsausfall und Auftragsstornierungen wirken sich stark auf das Geschäft aus, wohingegen fehlendes Personal und Produktionsengpässe eine eher untergeordnete Rolle spielen. Es ist anzunehmen, dass die starke Präsenz von Unternehmen und Selbständigen aus der Musikwirtschaft und dem Markt für darstellende Kunst in der Befragung bei den Antworten eine wichtige Rolle spielt, da bei diesen Branchen Veranstaltungsausfälle und damit verbundene Umsatzrückgänge sowie Auftragsstornierungen eine herausragende Bedeutung spielen. Hier wird bei den weiteren Befragungen zu prüfen sein, ob der Trend anhält oder sich Veränderungen dadurch ergeben, dass sich Verbände aus anderen Teilmärkten stärker an der Befragung beteiligen. Es wird allerdings deutlich, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft an vielen Stellen eng mit der Veranstaltungsbranche verknüpft ist.

Mit Blick auf die Umsatzentwicklung hat sich die mittelfristige Prognose der Verbände der ersten Umfrage in der zweiten insgesamt bestätigt und zum Teil leicht verschärft: Im April schätzten 21% ihre Umsatzeinbußen bis Ende des Jahres auf zwischen 75-90%, im Juni 2020 waren es für diese Prognose etwas mehr (26%). Nach wie vor schätzt der Großteil der Befragten die zu erwartenden Umsatzeinbußen bis Ende 2020 auf zwischen 26-50% ein.

Dennoch haben sich auch einige Prognosen aus dem Frühjahr bei der zweiten Umfrage abgeschwächt: Ging im April noch knapp ein Viertel der Befragten von Umsatzeinbußen bis Ende Juni von über 90% aus, waren es im Juni nur noch 8%, die die Umsatzeinbußen von März bis Ende August derart hoch bezifferten.

Die Einschätzung hinsichtlich der Insolvenzen der von den antwortenden Verbänden vertretenen Unternehmen, die bereits erfolgt sind beziehungsweise absehbar sind, fällt eher niedrig aus: Ein Großteil (59%) der teilnehmenden Verbände gab an, dass weniger als 10% der von ihnen vertretenen Unternehmen/Selbständigen Insolvenz anmelden mussten bzw. dies erwartet wird. In keiner Antwort übersteigt die Zahl der zeitnah erwarteten Insolvenzen 50%. Hinsichtlich des Bedarfs an Liquiditätshilfen gab etwas mehr als ein Drittel (36%) an, dass der größte Bedarf vom Beginn der Einschränkungen bis Juni bestand, darauf folgt mit etwas weniger als einem Drittel (31%) der Bedarf im 3. Quartal 2020.

Immerhin jeweils 15 % nannten als Zeitraum für den größten Bedarf an Liquiditätshilfen das 4. Quartal 2020 bzw. das 1. Quartal 2021. Das zeigt, dass nach Einschätzung der Verbände bis in das Jahr 2021 ein fortlaufender Bedarf bestehen wird.

Bei der Einschätzung der Wirksamkeit der Maßnahmen gibt es im Vergleich mit der ersten Befragung im April keine Verschiebungen: Nach wie vor werden das flexibilisierte Kurzarbeitergeld sowie die Steuerstundung von den befragten Verbänden als wirksamste Maßnahmen, die Darlehensprogramme in ihrer Wirksamkeit hingegen eher als gering eingeschätzt. Auf die Frage nach den Wirkungen der ersten Hilfsprogramme, die direkt nach der Ausbreitung der Corona-Pandemie und dem Herunterfahren des Kulturbetriebs auf den Weg gebracht wurden, wurden zwei Aspekte besonders häufig angesprochen: die Hilfsprogramme für Solo-Selbständige sowie die bessere Passfähigkeit von Förderprogrammen. Mit Blick auf Unterstützungsmaßnahmen für Solo-Selbständige wird von den Befragten bemängelt, dass der vereinfachte Zugang zur Grundsicherung nicht so greife, wie von Seiten der Politik angekündigt. Die besonderen Vorsorgemodelle von Solo-Selbständigen fänden dabei eine zu geringe Berücksichtigung und die Fortsetzung der selbständigen Tätigkeit werde erschwert. Anregungen gehen dahin, die Zugangsmöglichkeiten zur Grundsicherung zu verbessern. Auch wird die Einführung eines Unternehmerlohns als Anteil bei den Soforthilfen als geeignetes Instrument angesehen. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Soforthilfen mindestens bis zum Jahresende 2020 fortgeführt werden sollten. Die Befragten sehen eine Notwendigkeit darin, weitere Förderinstrumente im Dialog mit den Verbänden zu entwickeln. So könnten diese passgenauer an die Bedürfnisse der Verbändemitglieder angepasst werden.

Da die zweite Umfrage ungefähr zum Zeitpunkt der Bekanntgabe der Informationen zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung durchgeführt wurde, wurde die Erwartungshaltung hinsichtlich der Effekte des gesamten Konjunkturpaketes für die von den Verbänden vertretenen Unternehmen und Selbständigen auf einer Skala von 1 (kaum Effekte erwartet) bis 5 (große Effekte erwartet) abgefragt. Jeweils 36% der Befragten ordnen sich dabei auf einer 2 und 3 ein. Explizit für das Programm Neustart fällt die Erwartungshaltung ähnlich aus: 36% ordnen sich hier auf der Skala bei einer 3 ein, 33% bei einer 2. D.h. die Erwartungen an die Programme, speziell das Programm Neustart Kultur, das mit 1 Milliarde Euro ausgestattet ist, waren zum Zeitpunkt der Befragung eher verhalten bis skeptisch. Ein Grund könnte dafür sein, dass zum Zeitpunkt der Befragung die Förderschwerpunkte und Bewerbungsverfahren noch nicht bekannt waren. In der anstehenden dritten Befragung, die nach Bekanntgabe der Fördergrundsätze stattfinden wird, wird zu eruieren sein, ob die verhaltene Einschätzung bestätigt oder revidiert wird. Die Ergebnisse werden auch für die fördernden Institutionen bedeutsam sein, da Mittel aus Neustart Kultur zu einem erheblichen Teil von Verbänden und Organisationen aus dem Kultur- und Medienbereich vergeben werden. Hier könnte großes Interesse daran bestehen zu sehen, ob es Nachsteuerungsbedarf gibt.

In Bezug auf wichtige Erkenntnisse für eine mögliche Konzeption und Umsetzung zukünftiger öffentlicher Unterstützungsmaßnahmen nannten viele

Verbandsvertreterinnen und -vertreter wiederholt die Berücksichtigung der Lebens- und Einkommenssituation Solo-Selbständiger und dabei insbesondere die Anerkennung eines Unternehmerlohns als Betriebsausgabe. Auch die Weiterführung der Soforthilfeprogramme teilweise bis ins Jahr 2021 erachten viele als notwendig. Darüber hinaus wünschten sich viele vor allem bundesweit einheitliche Lösungen.

Die Aussicht der antwortenden Verbände hat sich insgesamt eher verschlechtert als verbessert: Planungsunsicherheit, fehlende Rechtssicherheit sowie die Unabsehbarkeit der Dauer der Einschränkungen lassen ihrer Ansicht nach noch keine Entspannung – insbesondere in der Veranstaltungsbranche – zu.

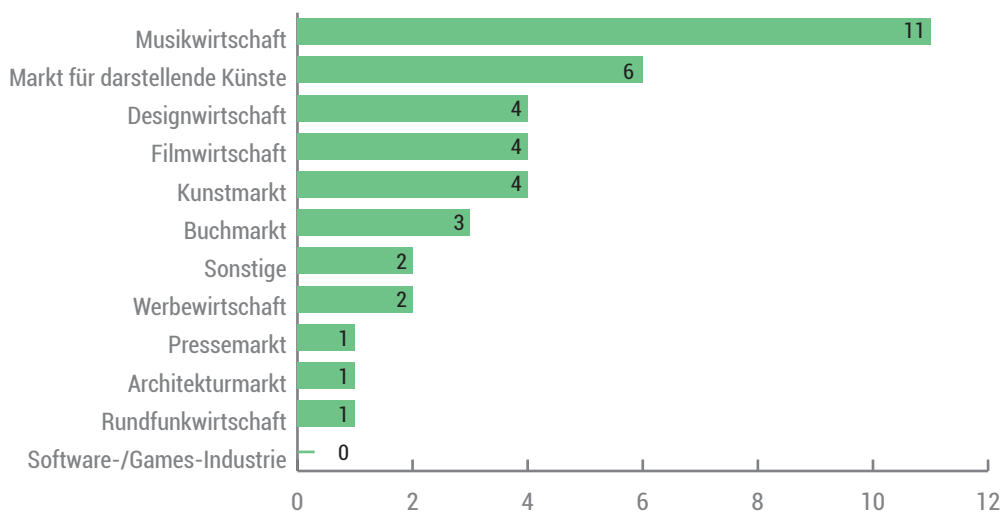
Mit Blick auf die Zukunft sehen viele Verbände die Chancen eines baldigen „Wiederhochfahrens“ des Normalbetriebs kritisch, da die diversen Hygienebestimmungen einen wirtschaftlichen Betrieb unmöglich machten. Auch wird in den folgenden Umfragen zu prüfen sein, ob die im Rahmen von Neustart Kultur zur Verfügung gestellten Mittel zur Umsetzung von Hygienemaßnahmen zielgerichtet eingesetzt werden bzw. einfach und unkompliziert beantragt werden können.

Die Verbandsvertreterinnen und -vertreter betonen außerdem, dass bei einem Anhalten der Krise Förderstrukturen- und Programme geschaffen werden müssten, die alle Strukturebenen und Teile der Wertschöpfungsketten umfassen, um so der Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft für die Gesamtwirtschaft gerecht zu werden.

Im Folgenden finden sie die detaillierten Auswertungen der Fragen.

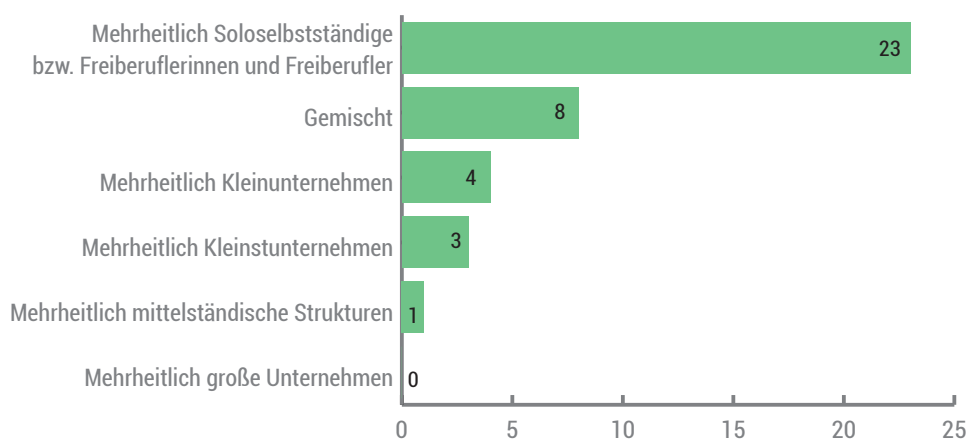
# *Auswertung*

**01.** *Vorab eine Frage zu Ihrem Hintergrund: Welcher/n Teilbranche/n sind die von Ihnen vertretenen Unternehmen/Selbständigen zuzuordnen?*

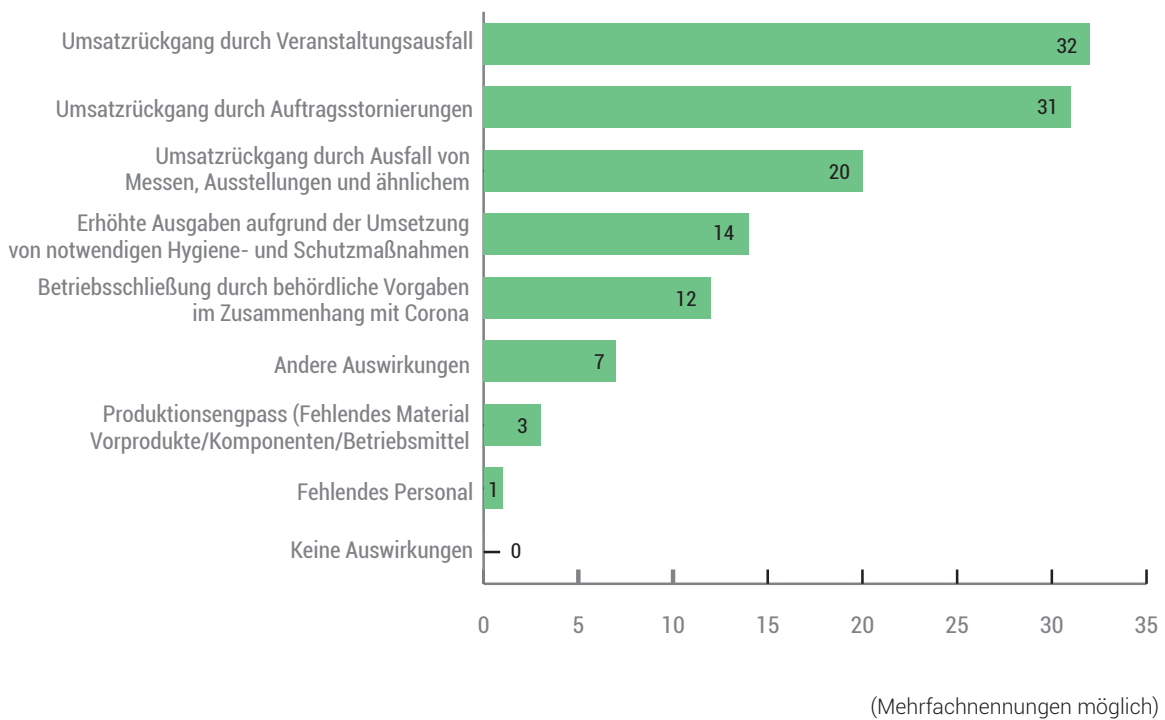




## 02. Wie ist die Struktur der von Ihnen vertretenen Unternehmen gelagert?

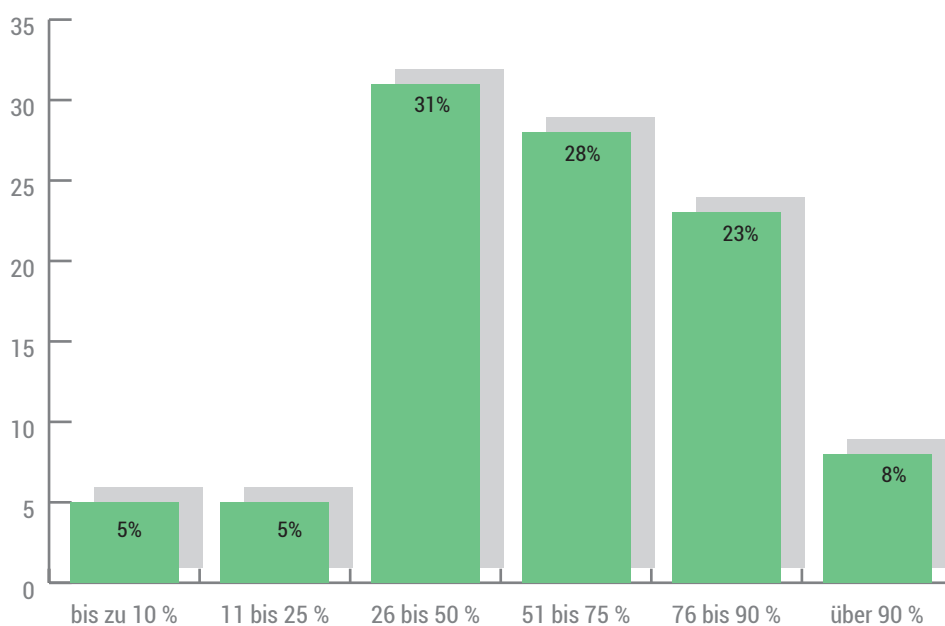


### 03. Welche Auswirkungen hatte bzw. hat die Corona-Pandemie auf den Geschäftsbetrieb der von Ihnen vertretenen Unternehmen/Selbständigen von Anfang März bis Ende Juni?

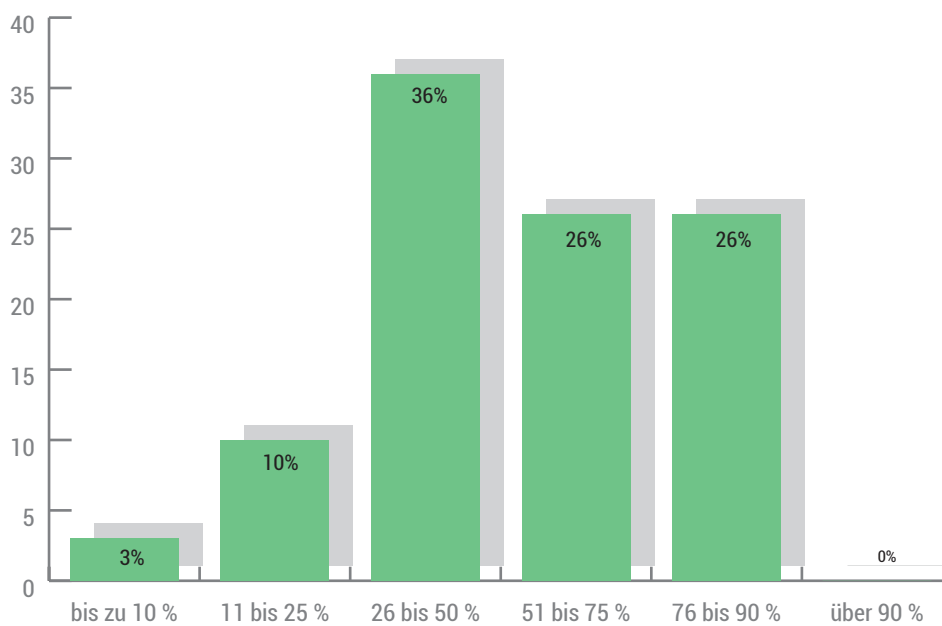


Anzahl Teilnehmer\*innen: 39 von 39

## 04. Wie hoch schätzen Sie den Umsatzrückgang von März bis einschließlich August 2020 für die von Ihnen vertretenen Unternehmen/Selbständigen ein?



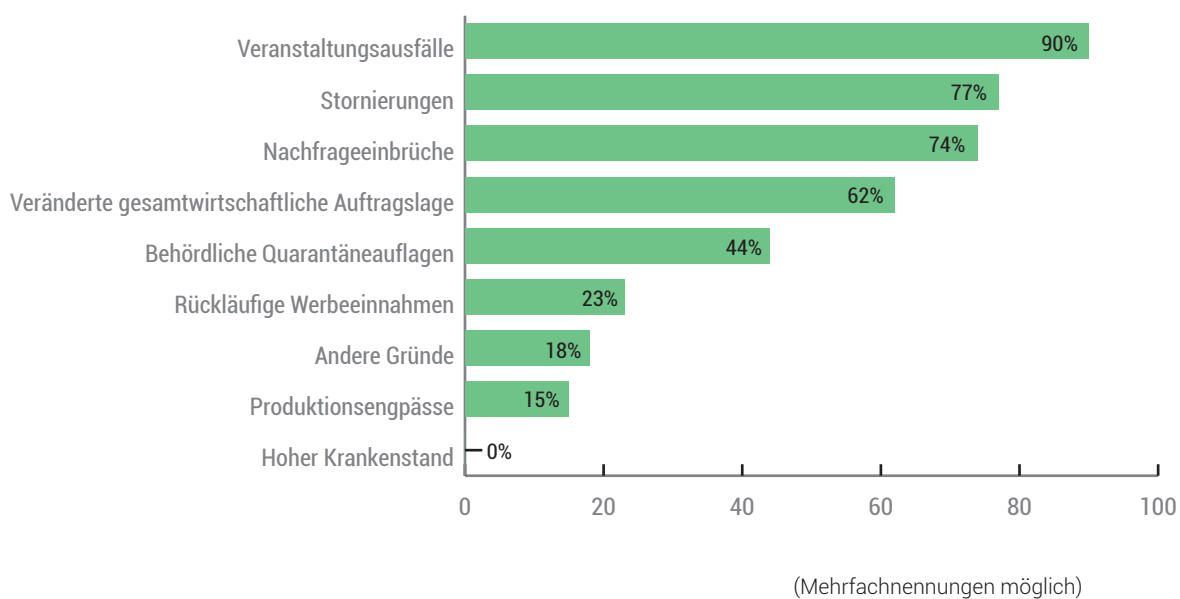
## 05. Wie hoch schätzen Sie den Umsatzrückgang bis zum Ende des Jahres 2020 für die von Ihnen vertretenen Unternehmen/Selbständigen ein?



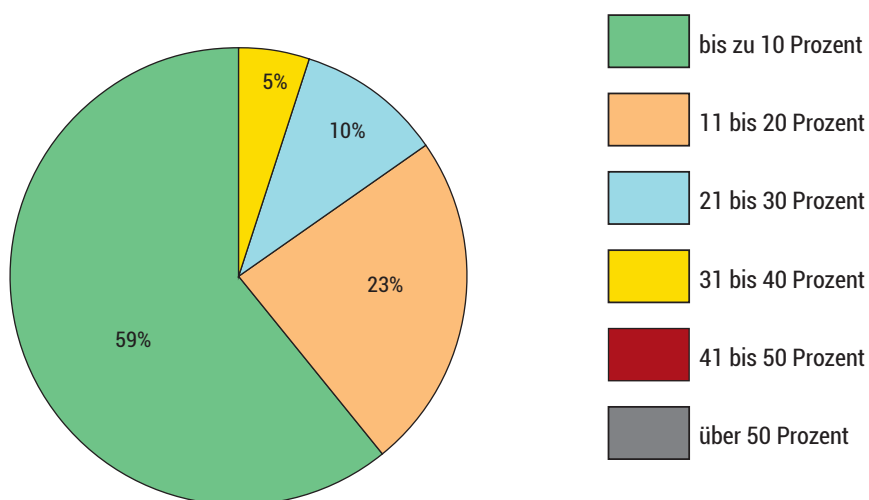
12

Anzahl Teilnehmer\*innen: 39 von 39

## 06. *Wodurch kommen die Beeinträchtigungen zu Stande?*



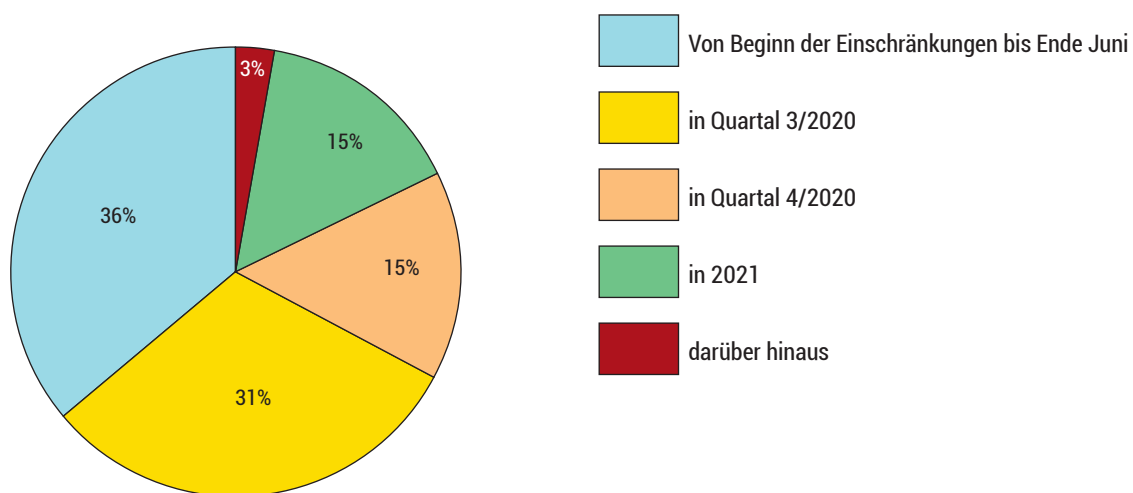
**07.** *Wie viele der von Ihnen vertretenen Unternehmen/  
Selbständigen haben aufgrund der Auswirkungen der  
Corona-Pandemie bereits Insolvenz angemeldet oder  
werden es schätzungsweise in absehbarer Zeit tun  
müssen?*



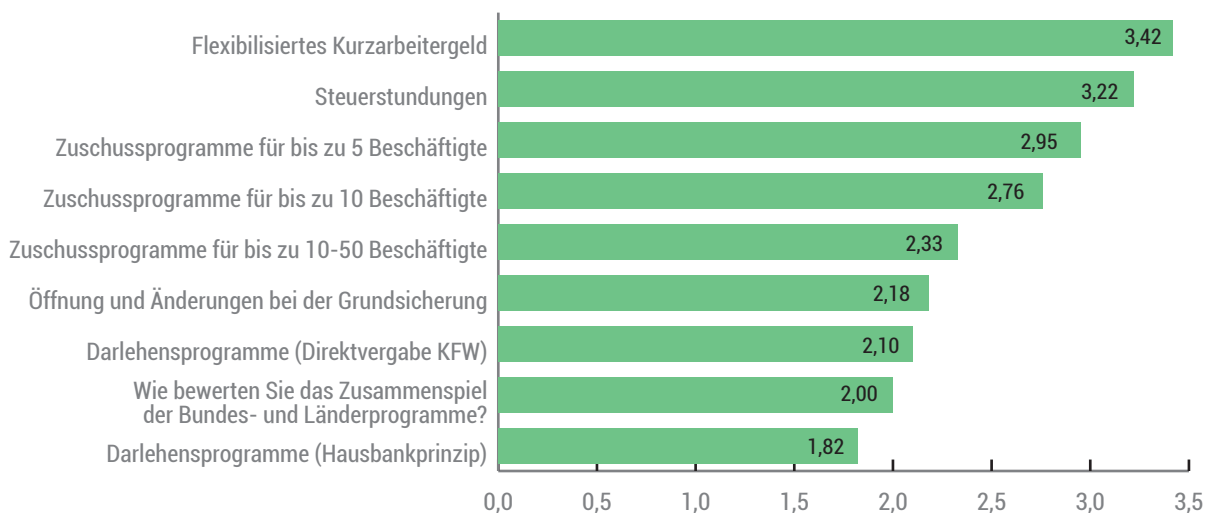
14

Anzahl Teilnehmer\*innen: 38 von 39 (entspricht 97% der Befragten, die eine Angabe zu dieser Frage gemacht haben)

## 08. Wann hatten bzw. haben die von Ihnen vertretenen Unternehmen/Selbständigen Ihrer Einschätzung nach den größten Bedarf an Liquiditätshilfen?



**09.** *Wie schätzen Sie die Wirksamkeit der bisherigen Unterstützungs-Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene für die von Ihnen vertretenen Unternehmen/Selbständigen auf einer Skala von 1 (=sehr schlecht) bis 5 (=sehr gut) ein? (Es wird jeweils der Mittelwert (arithmetisches Mittel) angegeben.)*



Anzahl Teilnehmer\*innen:

Zuschuss für bis zu 5 Beschäftigte: 39 / 39

Zuschuss für bis zu 10 Beschäftigte 37 / 39

Zuschuss für 10-50 Beschäftigte 36 / 39

Zusammenspiel von B./L.-Programme: 39 / 39

Flexibilisiertes Kurzarbeitergeld: 36 / 39

Steuerstundungen: 37 / 39

Öffnung/Änderungen Grundsicherung: 39 / 39

Darlehensprogramme (Hausbank): 39 / 39

Darlehensprogramme (KfW): 39 / 39



## 10. *Die erste Phase der akuten Hilfsmaßnahmen läuft für einige Programme Ende Juni aus. Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Erkenntnisse, die für die Konzeption und Umsetzung zukünftiger Maßnahmen mitgenommen werden sollten?*

- Hilfsprogramme für Solo-Selbständige
- Weiterführung der Förderprogramme
- Hilfen für nicht-aufholende Branchen

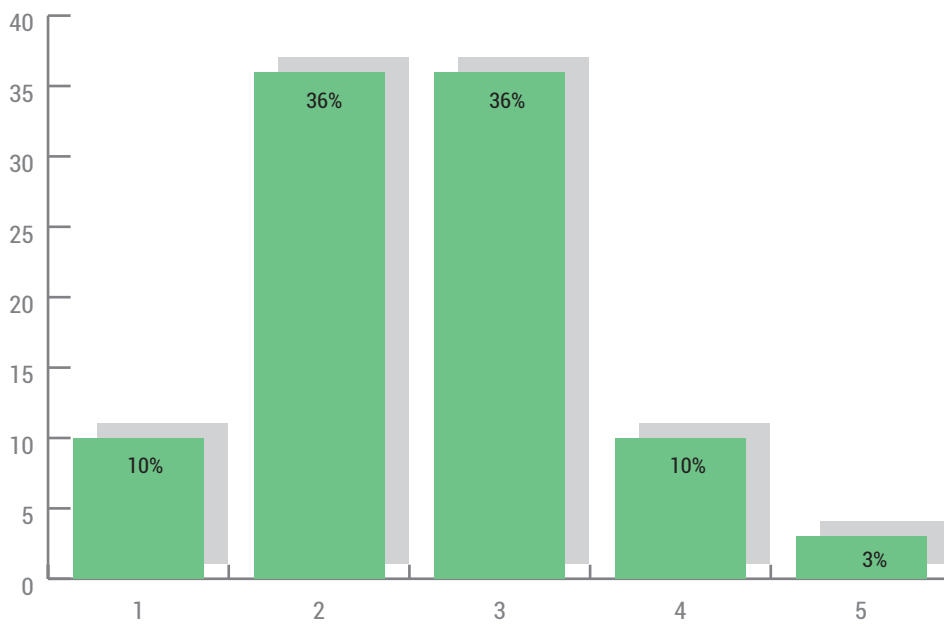
Im Hinblick auf die Konzeption und Umsetzung zukünftiger Maßnahmen wird von den befragten Verbänden zuvorderst die Berücksichtigung der Lebens- und Einkommenssituation Solo-Selbständiger angeführt. Als dringend wird hier von den Verbandsvertreterinnen und -vertretern die Anerkennung eines Unternehmerlohns als Betriebsausgabe für Solo-Selbständige und Freiberufler gesehen. Als Modell wird in diesem Zusammenhang mehrfach die Regelung in Baden-Württemberg genannt. Die Grundsicherung wird von vielen der Befragten als nicht geeignet angesehen, die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Solo-Selbständigen zu erhalten. Im Hinblick auf die derzeitigen Regelungen wird zudem angemerkt, dass trotz vereinfachter Bedingungen viele keine Grundsicherung erhalten, da branchenspezifische Erwerbs- und Vorsorgestrukturen nicht ausreichend berücksichtigt würden. Vor diesem Hintergrund wird angeregt, die Zugangsmöglichkeiten zur Grundsicherung entsprechend anzupassen. Weiter wird als Problem genannt, dass die Arbeitsagenturen vor Ort nicht einheitlich handelten und speziell in den sogenannten Optionsgemeinden die Regelungen zum vereinfachten Zugang zur Grundsicherung nicht umgesetzt würde. Hier sei eine größere Bundeseinheitlichkeit von Nöten.

Eine perspektivisch verlässliche Weiterführung von Soforthilfeprogrammen in mindestens ähnlichem finanziellen Rahmen wird für den Großteil der Befragten als notwendig angesehen. Als Mindestdauer wird hier eine Fortsetzung der Hilfen bis Ende 2020 teils auch deutlich darüber hinaus genannt – zumindest für den Zeitraum, in dem behördliche Beschränkungen oder Schließungsanordnungen vorliegen.

Vielfach wird von den Verbandsvertreterinnen und -vertretern genannt, dass administrative Abläufe beschleunigt und Rechtssicherheit in Bezug auf die Regularien geschaffen werden sollte. Angesichts spezifischer Wertschöpfungsketten und unter Berücksichtigung langfristiger Pandemie-Effekte sollten Förder- und Verwaltungsstrukturen agilisiert und die Hilfsprogramme im Dialog mit den Verbänden und Betroffenen angepasst und bundesweit einheitlich geltend werden. Die Passfähigkeit von Landes- und Bundesprogrammen stellen die Antwortenden als optimierungsbedürftig dar. Ein Großteil der befragten Verbände betrachtet zudem Kredite als weniger bedarfsgerecht für die Kultur- und Kreativwirtschaft.

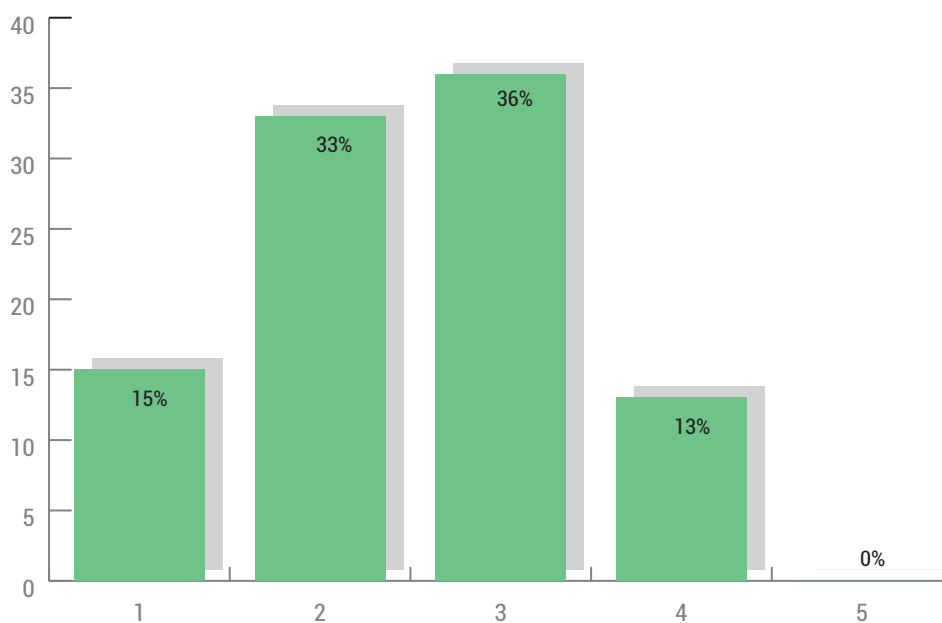
Vergleichend zu den Antworten der ersten Umfragerunde ist festzustellen, dass Förderlücken im Bereich der Solo-Selbständigen weiterhin als offen identifiziert werden. Übereinstimmend wird nach wie vor die Notwendigkeit langfristiger Unterstützungsmaßnahmen sowie der Bedarf nach nicht-rückzahlbaren finanziellen Hilfen genannt.

**11.** Was sind Ihre derzeitigen Erwartungen hinsichtlich der Effekte des kommenden Konjunkturpakets insgesamt für die von Ihnen vertretenen Unternehmen/Selbständige ein? (1 = keine/kaum Effekte, 5 = große Effekte)



Anzahl Teilnehmer\*innen: 37 von 39 (entspricht 95% der Befragten, die eine Angabe zu dieser Frage gemacht haben)

**12.** Was sind Ihre derzeitigen Erwartungen hinsichtlich der Effekte der geplanten Maßnahme Neustart Kultur (Punkt 16 des kommenden Konjunkturpakets, in Verantwortung der BKM) für die von Ihnen vertretenen Unternehmen/Selbständige ein? (1 = keine/kaum Effekte, 5 = große Effekte)



Anzahl Teilnehmer\*innen: 38 von 39 (entspricht 97% der Befragten, die eine Angabe zu dieser Frage gemacht haben)

## 13. Welche Maßnahmen, die im Konjunkturprogramm noch nicht berücksichtigt sind, halten Sie für notwendig bzw. geeignet, um die Kultur- und Kreativwirtschaft schnell und nachhaltig wieder aus der Krise zu führen?

- Berücksichtigung Solo-Selbständiger
- Sicherung der Förderstrukturen, Chance für Transformationsprozesse
- Produktionsförderung und Ausfallzahlungen

Als notwendige bzw. geeignete und im Konjunkturprogramm noch unberücksichtigte Maßnahmen werden von den Verbandsvertreterinnen und -vertretern Unterstützungen und Soforthilfen für die zahlreichen in der Kultur- und Kreativwirtschaft arbeitenden Solo-Selbständigen jenseits der Grundsicherung angeführt. Berücksichtigt werden sollten dabei auch Nicht-Mitglieder der Künstlersozialkasse, wie Technikerinnen/Techniker und Produzentinnen/Produzenten, als relevanter Teil von Arbeitsprozessen und Wertschöpfungsketten.

Für einen Großteil der befragten Verbände ist zudem eine Sicherung bestehender Förderstrukturen erforderlich sowie deren Erweiterung hinsichtlich der Zugänglichkeit um relevante, umgelagerte Zielgruppen. So werden langfristig ausgerichtete, branchenübergreifende Förderprogramme als notwendig beschrieben, um einen Strukturerthalt zu gewährleisten, produktive Netzwerkbildung zu fördern und die Zusammenarbeit mit klassischen Wirtschaftsbranchen zu unterstützen. Hier wird von den Verbandsvertreterinnen und -vertreter auch eine Chance gesehen, Innovationen durch alle verzahnten Wertschöpfungsebenen und Gewerke hindurch anzuregen, zum Beispiel bezüglich der digitalen Transformation sowie in den Bereichen Distribution, Kommunikation und Verwertung. So sollte ihrer Ansicht nach interdisziplinäres, branchenübergreifendes Arbeiten, Professionalisierung und Konzeptionierung digitaler bzw. hybrider Veranstaltungs- und Netzwerkformate sowie nachhaltiges Arbeiten im Fokus einer zukunftsorientierten Förderung stehen. Auch eine Reform von Steuergesetzen, zum Beispiel im Bereich der geringwertigen Wirtschaftsgüter, sowie die steuerliche Förderung von Media Invest könnte sich der Meinung der Befragten nach als konstruktiv erweisen. Darüber hinaus wird eine grundlegende Reform der Sozialgesetzgebung unter Berücksichtigung der veränderten Erwerbsmodelle vorgeschlagen.

Ein großer Teil der befragten Verbände regt an, Produktionsausfälle und Minderhonorare aller Strukturebenen bei behördlich angeordneten Maßnahmen durch Ausfallzahlungen zu kompensieren. Neben wirtschaftsfördernden Instrumenten, die unternehmerische Aktivität belohnen, wird dabei auch eine vermehrte Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand als hilfreich erachtet. Genannt wurde z. B. der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der durch vermehrte Auftragsvergaben an die Kultur- und Kreativwirtschaft seine Verantwortungsbereitschaft unter Beweis stellen könnte. Vorgeschlagen wird weiterhin, Ungleichheiten zwischen urbanen und ländlichen Raum durch Förderung freier und mobiler Strukturen auszugleichen. Zudem befinden die Verbandsvertreterinnen und -vertreter, dass finanzschwache Kommunen ausgleichend bei der Sicherung des Kulturbetriebs im Rahmen der freiwilligen Leistungen durch den Bund unterstützt werden sollten.

Nach der zwischenzeitlichen Auflage des „Neustart Kultur“-Förderprogramms benennen im Vergleich zur ersten Umfragerunde die Befragten nicht mehr einen

Infrastrukturfonds für Kultur als wichtigste Maßnahme, sondern sehen vor-  
dringlich die Existenzsicherung der Solo-Selbständigen und Kleinunternehmer  
unberücksichtigt. Die durch die ausgefallenen Produktionsprozesse  
entstandenen Schäden erweisen sich nun spürbar als nicht aufholbar und  
bedürfen perspektivisch einer Kompensation. Um weiteren Ausfällen vorzubeu-  
gen, sollten Rahmenbedingungen – wie Auflagen, Förderprogramme und  
Vergaben durch die öffentliche Hand – produktionsfördernd gestaltet werden.  
Weiterhin wird die Krise jedoch auch als Chance für nachhaltige und notwendige  
Innovations- und Transformationsprozesse gesehen.

## 14. *Was ist mit Blick auf die von Ihnen vertretenen Unternehmen/Selbständigen für ein zügiges und nachhaltiges „Wiederhochfahren“ wichtig? Hat sich Ihre Einschätzung diesbezüglich in den letzten zwei Monaten etwas verändert und wenn ja, inwiefern?*

- Planungs- und Rechtssicherheit
- Flexibilisierung und Differenzierung der Hygieneauflagen
- Förder- und Investitionsprogramme

Mit Blick auf ein „Wiederhochfahren“ wird nur von wenigen Verbänden eine Verbesserung der Ausgangslage durch eine verbesserte Auftrags- und Projektsituation festgestellt. Einige der Befragten geben an, dass ihre Einschätzung in Bezug auf Strategien und Maßnahmen zum zügigen und nachhaltigen Wiederhochfahren unverändert geblieben sind. Ein großer Teil hält im Falle eines Anhaltens der Krise breitenwirksame Förderkonzepte für notwendig, die alle Strukturebenen umfasst.

Bei einem Großteil der Befragten ruft die partielle Wiederaufnahme von Produktionsprozessen unter Auflagen bzw. die sukzessive Öffnung von Spielstätten Unsicherheiten bezüglich Planbarkeit, Wirtschaftlichkeit und Rechtssicherheit hervor. Viele Verbandsvertreterinnen und -vertreter stellen fest, dass die für Veranstaltungen geltenden Hygienebestimmungen einen wirtschaftlichen Betrieb unmöglich machen und regen an, dadurch entstandene Einnahmeausfälle zu kompensieren. Sie plädieren für ein progressives Ermöglichen von Veranstaltungen. Hierfür sollten die bestehenden Auflagen flexibilisiert und differenziert werden, damit Öffnungen wirtschaftlich möglich sind und Produktionszusammenhänge entstehen können. Um dies zu erreichen, werden regelmäßige Tests zusammenarbeitender Gruppen, die Maskenpflicht im öffentlichen Raum sowie geeignete Maßnahmen zur Nachverfolgung von Infektionsketten – z.B. durch einen verbindlichen Einsatz der Corona-App bei Veranstaltungen – vorgeschlagen. Angesichts des Bedarfs nach Differenzierung der Hygieneregeln wird geäußert, die Kapazitäten verbindlich beratender und testierender Ansprechpartnerinnen und -partner auf Länderebene aufzustocken, um in Bezug auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Kundinnen/Kunden bzw. Besucherinnen/Besucher/Kundinnen bzw. Besucher/Besucherinnen rechtssicher agieren zu können.

Im Vergleich zur ersten Umfragerunde schätzen die Befragten die Dauer der Krise länger ein. Bis dahin sollten Einschränkungen überprüft und angepasst werden, um eine höhere Planungssicherheit und damit wirtschaftliche Perspektiven zu ermöglichen. Zur Überbrückung dieser Phase sind Förderprogramme unerlässlich.

Anzahl Teilnehmer\*innen: 37 von 39

## 15. *Hat sich Ihre Zukunftsprognose für die Situation der von Ihnen vertretenen Unternehmen/Selbständigen nach der Krise in den letzten zwei Monaten verändert? Falls ja, inwiefern?*

- Langfristige negative Auswirkungen
- weitere Insolvenzen und Betriebsaufgaben, Marktkonzentration
- Zuspitzung prekärer Erwerbssituationen

Nur ein kleiner Teil der befragten Verbandsvertreterinnen und -vertreter sieht eine Verbesserung der Zukunftsaussichten durch die Perspektive einer Wiederaufnahme des Veranstaltungsbetriebes ab Herbst oder aufgrund von Konjunkturberichten, die eine Verbesserung der Lage in einzelnen Teilbranchen in Aussicht stellen.

Ein größerer Teil der Befragten beschreibt die Prognose als gleichbleibend schwierig und verunsichernd, da Dauer und Ausmaß der die Kultur- und Kreativwirtschaft spezifisch betreffenden Pandemiefolgen nicht einschätzbar sind. Teils sind ihrer Einschätzung nach finanzielle Rücklagen aufgebraucht ohne Aussicht auf eine Verbesserung der Auftragslage. Befürchtet werden zudem weitere verzögerte Auswirkungen durch Projektvorläufe und möglichen Produktionsstau.

Für den größten Teil der Befragten hat sich die Prognose verschlechtert, da vermutet wird, dass die derzeitige Krise länger andauern wird als bislang angenommen. Die beobachtete Stagnation des Marktes sowie auftretende Insolvenzen und Schließungen geben demnach einen Ausblick auf die Jahre 2021 und 2022, in denen die Verbände eine starke Marktkonsolidierung sowie eine verschlechterte Ausgangslage für Start-Ups erwarten. Sowohl die befürchteten Insolvenzen eher kleinerer wirtschaftlicher Akteure, als auch die folgende mögliche Abwanderung von Talent und Expertise können laut Einschätzung der Verbände die Produktionsketten kaskadierend treffen und die ohnehin angespannte wirtschaftliche Situation der Branche weiter verschärfen.

Viele der Befragten erwarten zudem eine weitere Zuspitzung prekärer Erwerbssituationen, vor allem in der Veranstaltungsbranche. Aufgrund von anhaltenden Veranstaltungsausfällen bzw. nur unter Vorbehalt eingehenden Veranstaltungsanfragen befürchteten sie, dass das unternehmerische Risiko allein auf Seite der auftragnehmenden Unternehmen/Selbständigen (u.a. Event Agenturen mit deren angegliederten Gewerken, Künstlerinnen und Künstler) verbleibt.

Das Fehlen von Planungssicherheit, die weiterhin angespannte Auftragslage, das Schwinden von finanziellen Rücklagen sowie das sukzessive Eintreten von Insolvenzen und Betriebsaufgaben bilden den Verbandsvertretern und -vertreterinnen zufolge den Hintergrund dafür, dass sich im Vergleich zur ersten Umfragerunde die Zukunftsprognosen mehrheitlich verschlechtert haben. Durch die stockende Auftragslage wird zudem ein Rückgang der Honorarhöhen erwartet, der durch langfristige Umsatzverluste in den Folgejahren zu einer Marktkonsolidierung und -konzentration auf vor allem größere Unternehmen führen könnte.

Anzahl Teilnehmer\*innen: 33 von 39

## 16. Welche Schieflage, die vor der Pandemie existierte, hat Corona Ihrer Ansicht nach besonders deutlich aufgezeigt?

- Geringe Honorarhöhen und fehlende Absicherungen
- Fehlendes Verständnis für Erwerbsbedingungen und Arbeitsprozesse
- Unterschätzung der Branche bezüglich gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Bedeutung

Der größte Teil der Befragten gibt an, dass bereits vor der Corona-Pandemie eine schwierige wirtschaftliche Situation bestand, die sich nunmehr verschärft hat. So führen laut der Einschätzung der Verbände geringe Honorarhöhen, prekäre Beschäftigung, eine kurzfristige und unsichere Vertragsgestaltung mit fehlender Honorierung für Zusatzleistungen sowie eine Zunahme der Plattform- bzw. Gig Economy und die Auslagerung von Arbeit in freie und befristete Verträge dazu, dass keine ausreichende Rücklagenbildung für Krisensituationen erfolgen kann. Die Kapitaldecke wird von ihnen auf allen Verwertungsstufen als zu dünn beschrieben, so dass sich die Krise für Kreative unmittelbar existenzbedrohend darstellt. Darüber hinaus wird insbesondere ein Mangel an sozialer Absicherung für Solo-Selbständige festgestellt.

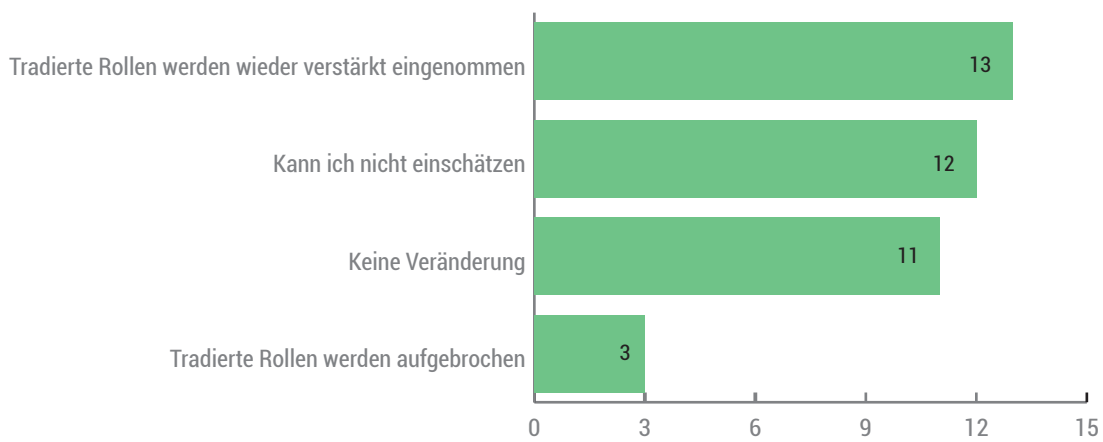
Ein weiterer großer Teil der Verbandvertreterinnen und -vertreter merkt an, dass ein mangelndes Verständnis seitens Politik, Verwaltungsebenen und nachgelagerten Gremien für Arbeitsprozesse, Lebensbedingungen und Wertschöpfungszusammenhänge sichtbar wird. Überholte Zuständigkeitszuschreibungen für die Kultur- und Kreativwirtschaft auf administrativen Ebenen verhindern ihrer Erfahrung demnach interdisziplinäres, ressortübergreifendes Zusammenarbeiten. Es wird vielstimmig von den Befragten angeregt, neben der elementaren Bedeutung für die Gesellschaft auch die wirtschaftliche Bedeutung und das Potenzial der Kultur- und Kreativwirtschaft stärker wertzuschätzen und zu berücksichtigen.

Deutlich zu Tage treten nach Ansicht vieler befragter Verbände die schwierigen Marktbedingungen. Als mögliche Maßnahmen, die Abhilfe schaffen könnten, werden von den Verbänden hier beispielsweise die Stärkung des Urheberrechts und die damit verbundene Überprüfung bzw. Regulierung von Wertschöpfungsketten oder auch die weitere Überprüfung steuerlicher Rahmen bei Kunst- und Kulturgütern genannt. Darüber hinaus wird von vielen Befragten eine Reform der Fördersysteme angeregt, zum Beispiel im Hinblick auf Dynamiken und Gefälle zwischen institutionell geförderten und freien Strukturen der Kunst- und Kulturproduktion.

Anzahl Teilnehmer\*innen: 38 von 39



**17.** *Wie wirkt sich Ihrer Einschätzung nach die Corona-Pandemie auf das Thema Gendergerechtigkeit bei den von Ihnen vertretenen Unternehmen/Selbständigen aus?*



# Impressum

## **Betroffenheit der Kultur- und Kreativwirtschaft von der Corona-Pandemie – Umfrage unter Vertreterinnen und -vertreter der Bundesverbände**

### **Erstellt im Auftrag des**

Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie  
11019 Berlin  
Telefon: +49 30 18 615-0  
E-Mail: [poststelle@bmwi.bund.de](mailto:poststelle@bmwi.bund.de)  
[www.bmwi.de](http://www.bmwi.de)

### **Verantwortung und Redaktion**

Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes  
Jägerstr. 65 10117 Berlin  
Verantwortlich: Julia Köhn und Johannes Tomm, Leitungsteam Kompetenzzentrum Kultur- und  
Kreativwirtschaft des Bundes

### **In Kooperation mit**

Deutscher Kulturrat e.V.  
Taubenstr. 1 10117 Berlin  
Verantwortlich: Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

### **Auswertung & Text**

Alexander Garms und Alina Rathke  
Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes  
Jägerstraße 65  
10117 Berlin  
Adrian Rudershausen  
Humboldtstr. 64  
28203 Bremen

### **Grafik**

Büro Jenny Watkinson; Berlin

**Stand** Juli 2020

**Copyright** 2020, Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes

*Alle Inhalte dieses Werkes, insbesondere Texte, Abbildungen und Grafiken, sind urheberrechtlich geschützt. Das Urheberrecht liegt, soweit nicht ausdrücklich anders gekennzeichnet, beim Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes. Jede Art der Vervielfältigung, Verbreitung, öffentlichen Zugänglichmachung oder andere Nutzung bedarf der ausdrücklichen, schriftlichen Zustimmung des Kompetenzzentrums Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes. Zitate im Sinne von § 51 UrhG sollen mit folgender Quellenangabe versehen sein: Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft (2020): Betroffenheit der Kultur- und Kreativwirtschaft von der Corona-Pandemie – Umfrage unter Vertreter\*innen der Verbände*